

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Erklärung der Bundesregierung zum Reaktorunfall in der Sowjetunion und zum Wirtschaftsgipfel in Tokio

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- a) Auch für die in der Bundesrepublik Deutschland errichteten oder in Bau befindlichen Atomkraftwerke kann ein Kernschmelzunfall mit anschließender Zerstörung des Containments und einer massenhaften Freisetzung radioaktiver Nuklide nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

Dieses sogenannte „Restrisiko“ ist nach der Erfahrung der Katastrophe von Tschernobyl nicht länger tragbar.

Nach Angaben der „Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke“ hätte ein Super-GAU in der Bundesrepublik Deutschland selbst im Falle eines optimal funktionierenden Katastrophenschutzes mindestens 16 600 Soforttote und über 100 000 Langzeittote zur Folge.

- b) Zu dem beispiellosen Katastrophenrisiko der Atomenergienutzung kommen weitere ungelöste Probleme und nichtakzeptable Risiken: Weltweit existiert kein sicheres Endlager für den Atom Müll. Der innerhalb weniger Jahre erzeugte hochradioaktive Müll muß weit über 100.000 Jahre aufgrund seiner Gefährlichkeit aus jeglicher Biosphäre ferngehalten werden. Bereits bei Normalbetrieb erhöhen Atomkraftwerke täglich die Belastung der Umwelt durch Abgabe von künstlicher krebserzeugender Radioaktivität. Das in Atomkraftwerken unvermeidlich erzeugte Plutonium kann nach Abtrennung jederzeit militärisch verwendet werden. Atomtransporte bringen die Strahlengefahren in alle Teile der Bundesrepublik Deutschland.
- c) Die beispiellosen Risiken der Atomenergie wurden bisher in der Bundesrepublik Deutschland in Kauf genommen, obwohl es hierfür unter volkswirtschaftlichen und energiepolitischen Aspekten keine Notwendigkeit gibt.

Die überhohen Kapazitäten auf dem Energiesektor machen es möglich, daß alle Atomkraftwerke in der Bundesrepublik

Deutschland abgeschaltet werden können und dennoch Reserven von annähernd 30 % des Strombedarfs verbleiben. Der endgültige Ausstieg aus der Atomenergie erfordert kurzfristig eine ökologische Optimierung der übrigen Kraftwerkskapazitäten, eröffnet den verdrängten alternativen Energiequellen und dem Konzept der rationellen Energieverwendung eine Chance und schafft somit erst die Voraussetzung, um einer umweltfreundlichen und sozialverträglichen Energieversorgung die Bahn zu brechen.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. unverzüglich die Abschaltung aller in der Bundesrepublik Deutschland betriebenen Atomkraftwerke in die Wege zu leiten,
2. weltweit auf einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie zu drängen,
3. darauf hinzuwirken, daß der weitere Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf sofort gestoppt wird,
4. dem Deutschen Bundestag einen Novellierungsentwurf des Außenwirtschaftsgesetzes vorzulegen mit dem Ziel, den Export von Atomtechnologie generell zu unterbinden.

Bonn, den 14. Mai 1986

Borgmann, Hönes, Volmer und Fraktion